



www.goetzpeter.de

Bericht aus Berlin

1 / 2012

Viel Freude bei der Lektüre meines Berichts aus Berlin wünscht Ihnen

Ihr

Peter Götz

Kontakt / Impressum: Peter Götz MdB, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik der CDU/CSU-Fraktion

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin | Tel. 030/227-74928 | Fax 030/227-76862 | peter.goetz@bundestag.de

In der Heizenau 37 | 76437 Rastatt-Wintersdorf | Tel. 07229/181840 | Fax 07229/181720 | peter.goetz@wk.bundestag.de

Aus dem Plenum

Jahreswirtschaftsbericht vorgelegt

Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler stellte am Donnerstag den Jahreswirtschaftsbericht 2012 der Bundesregierung im Bundestag vor. Danach bleibt die deutsche Volkswirtschaft voraussichtlich auf Wachstumskurs. Die Bundesregierung rechnet in diesem Jahr mit einem Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts von 0,7 Prozent. Bemerkenswert ist, dass der Zuwachs nahezu ausschließlich durch die Binnenwirtschaft erzeugt wird. Ein Grund hierfür ist, dass die Bürger sich über eine Entlastung bei Steuern und Abgaben des Bundes von durchschnittlich 413 Euro in diesem Jahr freuen können. Schon im darauffolgenden Jahr kann die Wirtschaft der Prognose zufolge wieder stärker wachsen und das Bruttoinlandsprodukt um 1,6 Prozent steigen. Voraussetzung ist allerdings, dass sich die europäische Staatsschuldenkrise nicht weiter verschärft. In diesem Zusammenhang lehnte Rösler gemeinsame Anleihen der Euro-Länder, sogenannte Euro-Bonds, erneut ab. „Wir lassen nicht zu, dass eine laxe Haushaltspolitik in Europa noch mit Euro-Bonds belohnt wird“, betonte Rösler. Michael Fuchs, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU, sagte in der Debatte: „Es gibt kein Land in Europa, dem es so gut geht wie Deutschland. Darauf können wir stolz sein.“ Die Situation in Deutschland ist sehr viel besser als in jedem anderen EU-Land, weil die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands in den vergangenen Jahren erheblich gesteigert wurde. Um den Fachkräftemangel zu begrenzen, setzt die unionsgeführte Bundesregierung zunächst auf die Ressourcen im eigenen Land: Junge Menschen ohne Schulabschluss oder Berufsausbildung, Frauen, die für ihre Familie eine Auszeit genommen haben, sowie ältere Arbeitnehmer müssen besser in den Arbeitsmarkt integriert werden. Die Zahl der Erwerbstätigen wird 2012 voraussichtlich um 220.000 Personen steigen.

Bundesfreiwilligendienst erfolgreich

Am 1. Juli 2011 haben mit der Aussetzung der Wehrpflicht die ersten Bundesfreiwilligen ihren Dienst angetreten. Nach den ersten sechs Monaten kann eine positive Bilanz gezogen werden. Der Bund stellt mit 300 Millionen Euro so viel Geld wie nie zuvor für freiwilliges Engagement bereit. Insgesamt strebt die christlich-liberale Koalition neben den schon bisher rund 40.000 Jugendfreiwilligen im Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ) und im Freiwilligen Ökologischen Jahr (FÖJ) zusätzlich 35.000 Bundesfreiwilligendienstleistende an. Trotz einiger Bedenken von Verbänden und der Opposition entwickelt sich der neue Dienst sehr gut und ist ein Erfolgsmodell. Auch der Kindergeldanspruch im Bundesfreiwilligendienst wurde auf Initiative der CDU/CSU-Bundestagsfraktion so geregelt, dass es nun keine Unterschiede mehr zu den Jugendfreiwilligendiensten gibt. Eltern, deren Kinder das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben und einen Bundesfreiwilligendienst ableisten, können Kindergeld beziehungsweise steuerliche Freibeträge für Kinder erhalten. Mittlerweile haben sich rund 30.000 Personen für einen Bundesfreiwilligendienst entschieden. Davon über 20 Prozent in der neuen Zielgruppe der über 27-jährigen. Insgesamt ergeben sich damit rund 70.000 Freiwillige in den beiden Formaten. Für dieses Jahr planen die Verbände bereits mit ca. 100.000 Freiwilligen. Ziel des neuen Bundesfreiwilligendienstes ist es, zukünftig möglichst vielen Menschen einen Einsatz für die Allgemeinheit und die positive Erfahrung von bürgerschaftlichem Engagement zu ermöglichen. Über die Öffnung des Dienstes für beide Geschlechter und alle Generationen leistet der Bundesfreiwilligendienst einen wichtigen Beitrag zum besseren Zusammenhalt der Gesellschaft. Weitere Informationen zum Bundesfreiwilligendienst finden Sie hier: www.bundesfreiwilligendienst.de

Weitere Informationen: www.goetzpeter.de oder www.cducsu.de

Tagesordnung des Plenums

Die Tagesordnung strukturiert die Plenarsitzung und legt fest, welche Themen als Tagesordnungspunkte behandelt werden. Die Tagesordnung wird vom Ältestenrat für jede Plenarsitzung vereinbart und den Abgeordneten, den Mitgliedern des Bundesrats und der Bundesregierung mitgeteilt. Einzelheiten zum Umgang mit der Tagesordnung, wie etwa Änderungsanträge oder die Absetzung von Tagesordnungspunkten, sind in der Geschäftsordnung des Bundestages geregelt.

Nachrichten

Götz moderiert Energiepolitischen Dialog

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hatte am 18.01.2012 zu einem Energiepolitischen Dialog zum Thema: „Spannungsfeld Energieeffizienz“ in den Deutschen Bundestag eingeladen. Das Einstiegsreferat hielt Bundesminister Dr. Peter Ramsauer. Es folgte eine Podiumsdiskussion, die von Peter Götz, MdB und kommunalpolitischer Sprecher der Fraktion, moderiert wurde. Das Themenspektrum war vielfältig. Erfahren Sie mehr unter: www.cducsu.de



Mehr als 200 Gäste kamen in das Reichstagsgebäude, um am Energiepolitischen Dialog teilzunehmen

Peter Götz und Thomas Bareiß auf dem Podium



Fotos: Steven Rösler

Mobilfunknetz in Forbach

Laut eines Schreibens an Peter Götz lehnt die Bundesnetzagentur den Ausbau der Mobilfunkversorgung in den Höhenlagen von Forbach und der Schwarzwaldhochstraße nicht grundsätzlich ab. Götz hatte sich nach Beschwerden aus der Bevölkerung persönlich an den Präsidenten der Agentur, Matthias Kurth, gewandt und ihn um Stellungnahme ersucht. Auch Forbachs Bürgermeister Kuno Kussmann und der Kreisvorsitzende der Jungen Union Rastatt, Thorsten Trey, hatten Götz gebeten, sich bei der Bundesnetzagentur für eine Verbesserung der Mobilfunkversorgung insbesondere im Bereich zwischen Herrenwies und Mehliskopf einzusetzen, um in Notfällen rasch Hilfe anfordern zu können. Erst Ende Oktober war auf der L 83 ein Auto ausgebrannt, weil die Feuerwehr per Handy nicht alarmiert werden konnte. Wie der Präsident der Bundesnetzagentur Götz mitteilte, könnte der Antrag eines Mobilfunkbetreibers auf Nutzung des vorhandenen Sendemastes genehmigt werden, wenn die Sendeleistung oder der Antennenaufbau sicherstellten, dass die mit Frankreich vereinbarten Werte für die maximal zulässigen Feldstärken an der Ländergrenze eingehalten würden. Um eine Frequenz hatte sich Vodafone beworben, war aber von der Bundesnetzagentur abgelehnt worden. Götz hat nun umgehend Kontakt mit dem Anbieter aufgenommen und ihn über die Antwort der Bundesnetzagentur informiert. "Ich hoffe sehr, dass nun eine Einigung möglich ist und die Mobilfunklücke auf Forbacher Gemarkung geschlossen werden kann", betont er. "Ein unzureichendes Netz darf nicht zur Gefährdung von Einwohnern und Touristen führen!"

Maria Böhmer besucht AG Kommunalpolitik

Die Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin und Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Prof. Dr. Maria Böhmer MdB, war in dieser Woche zu Gast in der AG Kommunalpolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und stellt den Aktionsplan zur Umsetzung des Nationalen Integrationsplans vor. Der Aktionsplan leitet einen Paradigmenwechsel in der Integrationspolitik ein, weg von zeitlich befristeten Projekten, hin zu Regelangeboten. Darüber hinaus wird Integration verbindlicher, und zwar durch klare Ziele, die überprüfbar und messbar sind. Auch das Thema Sprachförderung steht nach wie vor ganz oben auf der Agenda. Neben dem Thema „Gesundheit und Pflege“ wird in Nationalen Aktionsplan erstmals auch das Thema „Migranten im öffentlichen Dienst“ behandelt. Weitergehende Informationen: <http://www.bundesregierung.de/Webs/Breg/DE/Bundesregierung/BeauftragteFuerIntegration/beauftragte-fuer-integration.html>



Peter Götz begrüßt Prof. Dr. Maria Böhmer im Jakob-Kaiser-Haus des Deutschen Bundestages

Einige interessante Daten und Fakten...

Zahl der Organspenden in Deutschland in 2011 gesunken

Die Zahl der Organspenden war trotz positiver Meinungsumfragen in der Bevölkerung im vergangenen Jahr rückläufig und fiel fast auf das Niveau von 2008 zurück. Insgesamt wurden im vergangenen Jahr 1.200 Organspenden durchgeführt – 96 weniger als im Jahr 2010. Die Zahl derjenigen, die nach ihrem Tod Organe gespendet haben, ist im Vergleich zum Vorjahr um 7,4 Prozent gesunken. Auch die Zahl der gespendeten Organe ging in Folge der bundesweit gesunkenen Organspenderrate zurück: Während im Jahr 2010 noch 4.205 Organe gespendet wurden, waren es 2011 mit 3.917 Organen knapp 7 Prozent weniger. Ein Grund für den Rückgang könnte nach Einschätzung der Deutschen Stiftung Organtransplantation in einer Zunahme von Patientenverfügungen und einem vorzeitigen Therapieabbruch liegen. Derzeit müssen in neun von zehn Todesfällen die Angehörigen über die Organspende entscheiden, da der Verstorbene seinen Willen nicht dokumentiert hat.

(Quelle: Deutsche Stiftung Organtransplantation – DSO)

Energiekosten im Jahr 2011 deutlich gestiegen

Trotz rückläufiger Mineralölpreise zum Jahresende verteuerte sich die Energie im Vergleich zwischen Dezember 2011 und Dezember 2010 um 8 Prozent, darunter Mineralölprodukte um 8,1 Prozent (davon leichtes Heizöl plus 18,2 Prozent; Kraftstoffe plus 5,2 Prozent).

Auch bei allen anderen Energieprodukten wurden im Dezember 2011 gegenüber Dezember 2010 deutliche Preiserhöhungen gemessen (z.B. Strom plus 6,9 Prozent; Gas plus 6,8 Prozent).

(Quelle: Statistisches Bundesamt)